

# ¡Fijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 612

Mittwoch, 20. Juli 2016

23. Jahrgang

### Inhaltsverzeichnis

Das Labyrinth der Umweltverträglichkeitsstudien.....	1
GAM-Bericht über die Gewaltrate in Guatemala im ersten Halbjahr 2016.....	4
MP und Innenministerium haben beispiellose Operation gegen Erpressungen durchgeführt.....	4
Stiftung gegen Terrorismus will Aufhebung der Immunität für CICIG - Präsident sagt: Nein.....	4
Landkonflikt in Lanquín, Alta Verapaz endet mit gewaltsamer Räumung dort lebender Gemeinden.....	5
Biopsia / Juli 2016 von Diana Vazquez: Guatemala und seine Hass-Liebe zur Armee.....	6

### Das Labyrinth der Umweltverträglichkeitsstudien

*In Anbetracht der vermehrt auftretenden bzw. öffentlich bekannt werdenden Umweltsauereien möchten wir in dieser Ausgabe die Arbeit des Ministeriums für Umwelt und Natürliche Ressourcen (MARN) näher beleuchten. Als Grundlage dafür nutzen wir den Artikel von Sebastián Escalón, der Anfang Juni auf Plaza Pública (<https://www.plazapublica.com.gt/content/el-ministerio-de-ambiente-persigue-su-propia-cola>) erschienen ist. In diesem wird bereits in der Einleitung klargestellt: Das MARN war nicht fähig, bessere Umweltpraktiken umzusetzen. Grundlegende Fehler haben das MARN in eine zu langsame und inkompetente Institution verwandelt, um die Umweltgesetzgebung durchzusetzen.*

Tante Julia macht die beste Erdbeermarmelade der Stadt und wollte einige Gläser verkaufen. Eine gute Idee, aber zuvor muss sie eine Umweltverträglichkeitsprüfung präsentieren. Die Strasse Richtung Champerico sieht aus wie eine Motocrossstrecke und der Bürgermeister wollte die Schlaglöcher beseitigen. Um dem Gesetz zu entsprechen, bedarf es einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch um die Fensterscheiben einer Schule auszuwechseln, die von ungezogenen Kindern eingeschmissen wurden, benötigt man eine Umweltverträglichkeitsprüfung, um dem Gesetz Genüge zu tun.

Dieses sind hypothetische Fälle, aber sie illustrieren eine Realität: Gemäss dem Gesetz über den Schutz und die Verbesserung der Umwelt muss jedes noch so kleine Projekt, jede Baustelle, jede Industrieaktivität eine Umweltverträglichkeitsstudie durchführen. Die Studie muss vom Ministerium für Umwelt und Natürliche Ressourcen (MARN) überprüft und abgestempelt werden. Damit bringt das Gesetz das Ministerium in grosse Schwierigkeiten. Denn jedes Jahr müsste es zwischen 10.000 und 15.000 Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) überprüfen. 60% davon sind Projekte mit minimalen Umweltauswirkungen.

„Die BeamtInnen überprüfen UVPs für Tortillastände, Bäckereien und Pensionen mit sieben Zimmern“, erklärt Andreas Lehnhoff, Umweltminister während der kurzen Regierungsperiode von Alejandro Maldonado und nun Direktor des World Wild Funds For Nature (WWF). Das Ergebnis: „Diese Überprüfungen benötigen derart viel Zeit, dass die Projekte mit grossen Umweltauswirkungen, etwa Städtebauprojekte, Bergwerke oder Staudämme nicht die notwendige Aufmerksamkeit bekommen“, beklagt er. Das ist eines der Probleme des MARN und eine der Ursachen dafür, warum es unfähig ist, bessere Umweltpraktiken durchzusetzen und zu kontrollieren, wer Wasser, Wälder und Böden verschmutzt. Es sind strukturelle Probleme, die die Institution während der 16 Jahre ihrer Existenz nicht zu lösen wusste.

## Das System des Umweltschutzes

Auf dem Papier ist das MARN nicht viel anders aufgebaut als in anderen Ländern der Region. Das System besteht aus drei Säulen: Verwaltung, Kontrolle und Befolgung der Gesetze. Die Verwaltung besteht in der Prüfung der UVPs, d.h. zu verifizieren, dass die Projekte keine zu grossen Umweltrisiken hervorrufen und dass genügend Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen vorgesehen wurden. Die Kontrolle besteht darin, PrüferInnen ins Gelände zu schicken, um zu sehen, ob die Unternehmen gemäss ihren UVPs operieren. Wenn die Unternehmen ihre Angaben nicht erfüllen, dann bestraft die Einheit für die Befolgung der Gesetze sie und zeigt sie, wenn nötig, bei der Staatsanwaltschaft (MP) an.

Dieses dreigeteilte System soll zumindest theoretisch erlauben, dass sich das Land ohne nicht wieder gutzumachende Schäden entwickeln kann. Es darf weder zu rigide sein, um wirtschaftliche Aktivität zu hemmen, noch zu lasch, um den Naturschutz zu vergessen. Laut Andreas Lehnhoff, hat das MARN in der Praxis das zweite Ziel nicht erreicht: „Wir sehen Indikatoren für Entwaldung, Kontaminierung, Zerstörungen von Lebensräumen, eine wachsende Verletzlichkeit der Territorien. Unser System der Umweltverwaltung zeigt sich als ineffektiv“, meint der Exminister. Aber es hat auch die erste Zielstellung nicht erfüllt: eine Umweltlizenz zu bekommen ist ein bürokratischer Behördenweg, langsam und lästig, und viele Firmen bevorzugen, ihn zu vermeiden obwohl sie dann in die Illegalität abwandern. „Es ist eine hierarchische Beamtenstruktur, die es nicht erlaubt, dass ein Verwaltungsakt einen raschen Prozess durchläuft“, erklärt Lehnhoff.

## Ein Berg von UVPs, der immer weiter wächst

Jeden Tag arbeitet eine Gruppe von 25 Personen nur darin, die Tausenden von UVPs zu kontrollieren, die täglich eingehen. Es sind UmweltberaterInnen und auf ihnen basiert das Umweltverwaltungssystem in Guatemala. Die Mehrheit von ihnen arbeitet in befristeten Arbeitsverhältnissen und bei geringeren Gehältern als denen, die sie in der Privatwirtschaft bekommen könnten. Jedes Jahr haben einige die Nase voll vom öffentlichen Dienst, und statt weiter die UVPs zu überprüfen, gehen sie in die Unternehmen, um für sie zu arbeiten. Letztes Jahr gab es noch 40 UmweltassessorInnen im MARN, so der aktuelle Vize-Umweltminister Alfonso Alonzo. Die Budgetkürzungen haben zu einer fast 50 prozentigen Kürzung geführt. Ihre Arbeitslast ist gross, jedeR von ihnen hat zwischen 50 und 100 UVPs auf dem Tisch liegen. Der Prozess ist genauso umständlich wie delikat. Da sie gerade mal so den Status von BeraterInnen haben, muss einE BeamteIn ihre Arbeit überwachen und ihre Gutachten unterschreiben. Es gibt bestimmte Fristen, um die UVPs zu begutachten, aber in der Wirklichkeit erwartet niemand, dass diese erfüllt werden. Laut Alonzo habe das aktuelle Ministerium den Rückstand zumindest von 1.150 zu begutachtenden UVPs auf 500 oder 600 reduziert. Wie sie es schafften, mehr Anträge mit nur halb so viel AssessorInnen zu bearbeiten, wurde der Vizeminister gefragt. „Indem mehr gearbeitet wird. Die Leute gehen abends um neun nach Hause. Und wir haben die Prozesse unter der Regie des aktuellen Umweltministers Sydney Samuel vereinfacht“, erklärte er.

## Kategorien der UVPs

Die UVPs unterteilen sich in sechs Kategorien, je nach potentieller Umweltauswirkung der Aktivität.

Kategorie A steht für die Projekte mit den grössten Umweltauswirkungen: Staudämme, Minen, Häfen, grosse Industrieanlagen. Die UVPs können Tausende von Seiten lang sein. Um sie zu begutachten, bedarf es mehrerer ExpertInnen aus Geologie, Hydrologie, Forstwissenschaften usw. Danach kommen die Kategorien B1 und B2, mit mittleren Auswirkungen. Da findet man zum Beispiel Geflügelfarmen oder den Bau von Gebäuden. Diese können nach der Verfahrenvereinfachung auch in den Departements begutachtet werden.

Die Kategorien C1, C2, C3 sind die Projekte mit minimalen Umweltfolgen, wie zum Beispiel die Marmelade von Tante Julia. Seit mehreren Jahren bestehen die UVPs der Kategorie C2 und C3 aus nur einem Formular, den der/ die NutzerIn auszufüllen hat. Dafür braucht man dann auch keineN UmweltexpertIn.

Um die Projekte in die Kategorie richtig einzuordnen, gibt es im MARN eine Liste, in denen 555 Aktivitäten und Projekttypen verzeichnet sind. Einige davon sind schwierig zu verstehen: Zum Beispiel ist ein Restaurant in der Kategorie C1, wenn es nur alkoholfreie Getränke oder Bier verkauft. Sind es Schnäpse, steigt es in die Kategorie B2 auf. Damit erhöht sich auch der administrative Aufwand und die Kosten für die Umweltlizenz steigen für das Restaurant, sollte es einen Gin Tonic servieren wollen. Der Umweltexperte Juan Carlos Gemmell ist der Meinung, dass das gesamte Umweltsystem überprüft werden müsste. „Warum muss ein Internetcafé eine UVP abliefern? Warum Gebühren für die Erneuerung einer Strasse oder den Verkauf von Marmelade erheben? Das Baugesetz und das Sanitätsregister müssten ausreichend sein“, erklärt er.

Auch der Direktor für Umweltverwaltung des MARN (2014-2016), Freddy Chiroy, sieht keinen Sinn darin, die kleinen Projekte zu prüfen. Man müsse sie lediglich registrieren, um zu wissen, dass sie existieren. Er träumt vom System VIGEA, welches El Salvador mit Hilfe der USA im Jahr 2014 eingeführt hat. VIGEA ist eine Internetplattform, auf der die NutzerInnen Formulare ausfüllen können, um für Projekte mit geringen Umweltauswirkungen Lizenzen zu erhalten. Das System erlaubt es auch geografisch alle Projekte zu finden. JedeR Bürgerin kann eine Karte nutzen und sich über die Eigenschaften der Projekte informieren, sowie die Ergebnisse der Gutachten herunterladen. Damit wird die Transparenz gefördert. Alfonso Alonzo bestätigt, dass ein ähnliches System auch in Guatemala implementiert wird und hofft, dass es Mitte nächsten Jahres einsatzbereit ist. Damit können Umweltlizenzen für gewisse Projekte in Sekundenschnelle bekommen werden.

Andere ExpertInnen vertreten die Meinung, dass es keine gute Idee sei, die kleinen Projekte zu registrieren, ohne sie nach Umweltfolgen zu evaluieren. Damit können wirkliche Umweltauswirkungen unbeachtet bleiben. Es könnte die Strategie verfolgt werden, Projekte zu zerteilen. So geschah es mit dem Bergbauprojekt Cerro Blanco im Departement Jutiapa. Diese Mine, die der kanadischen Goldcorp gehört, segmentierte ihr Projekt in 16 Teile. Die UVPs wurden als Kategorie C eingestuft und akzeptiert, als ob die Folgen der Bergwerke gleich denen eines Tortilla-Verkaufsstand wären. Es gibt schlaue Leute, die diese Hintertüren nutzen werden.

### **Ein MARN mit wenigen Augen**

Ohne Kontrolle jedoch ist die Revision der UVPs nur ein Gesellschaftsspiel. Auf dem Papier stimmt alles, es ist sehr einfach für eine Umweltberatungsfirma wunderschöne Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen zu skizzieren und glauben zu machen, dass die Projekte gut sind für die Umwelt. Deshalb muss das MARN dies auch im Gelände nachprüfen. Da aber besteht ein Ungleichgewicht im Umweltministerium. Während 30 oder 40 AssessorInnen die UVPs durchsehen, gibt es nur neun AuditorInnen, die die Erfüllung der Pläne im Gelände kontrollieren. Alonzo erkannte dieses Problem als solches an und schreibt es dem zu geringen Budget zu. 2015 wurden 100 Kontrollen durchgeführt. 400 Anzeigen wegen Umweltschänden gehen jedes Jahr beim MARN ein und dass bei 10.000 bis 15.000 UVPs – um mal das Niveau der Straffreiheit bzgl. der Umweltvergehen ins Verhältnis zu setzen.

Auch fehlt es an einer Umweltgesetzgebung, die die AuditorInnen anwenden können. Stellt einE AussenprüferIn fest, dass ein Schornstein gelben Rauch ablässt oder verdächtig riecht, könnte man durch Entnehmen einer Probe herausfinden, welche toxische Substanz enthalten ist. Da es aber für die Luftqualität keine Richtlinien gibt, und damit keine maximalen Konzentrationen, kann das Unternehmen auch nicht sanktioniert werden. Es könnten internationale Normen genutzt werden, wie die der Weltgesundheitsorganisation. Aber ob dies in einem Prozess von einem/r RichterIn akzeptiert wird, ist fraglich. Ebenso wenig gibt es eine Regelung für Lärmbelästigung in den Departements- mit Ausnahme der Hauptstadt; (...). Für die Emission von Abgasen sei eine Reglementierung in Bearbeitung, so Alonzo, die vor allem für Autoabgase gelten werde.

### **Verbrechen und Strafe**

Wie viel Verlust verursachten die toxischen Abwässer in dem Fluss La Pasión? Was kosten die Schäden, die eine illegale Mülldeponie verursacht? Wie hoch müsste die Geldstrafe für ein Unternehmen sein, das 80 Gallonen (= 300 Liter) verbotene Pestizide benutzt haben?

Das weiss das MARN nicht, da es auch keine Regelung gibt, die den Umweltschäden einen Geldwert zuweist. Damit bleibt auch das Verursacherprinzip, also dass, diejenigen, die die Kontamination verursachen, auch dafür zahlen, auf der Strecke.

Das heisst aber nicht, dass das MARN keine Geldstrafen verhängt und eintreibt. Das tut es. Laut Jorge Lemus de León, Ex-Direktor für Gesetzesbefolgung des MARN, werden jedes Jahr Strafen an Unternehmen und Institutionen des Staates in Höhe von 4 Millionen Quetzales (= ca. 461.000 €) verhängt. Aber das sind rein administrative Sanktionen. Es wird die Tatsache bestraft, dass keine UVP vorliegt oder dass die Vorlagen daraus nicht erfüllt wurden. Zum Beispiel, wenn eine Firma ihre Abwässer in einen Fluss leitet, dann wird dies bestraft. Es deckt aber nicht die Folgekosten, die aus der Schädigung der menschlichen Gesundheit und der Umwelt entsteht. Solche Vergehen werden mit 5.000 bis 100.000 Quetzales (ca. 576 € bis 11.517 €) gesühnt. Die Umweltschäden gehen aber in die Millionenhöhe. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Unternehmen eher die Strafen zahlen, als die Umweltnormen einhalten.

Das könnte sich aber ändern. Das MARN, die MP und die Generalprokuration der Nation (PGN), arbeiten mit Hilfe der amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation USAID an einer Richtlinie, um die monetäre Höhe der Umweltschäden festzulegen. Das würde nicht nur dem MARN helfen, seine Strafen besser festzusetzen, auch für Justizprozesse wäre dies hilfreich. MP und PGN könnten eine rechtmässige Ausgleichszahlung für Umweltschäden und geschädigte Bevölkerung verlangen. Noch dieses Jahr soll dieses neue Instrument fertig gestellt werden.

Das MARN erarbeitet ausserdem ein neues internes Regelwerk zur Umwelt-Evaluierung, -kontrolle und -monitoring. Es soll in zwei Monaten fertig und einsatzbereit sein. Das wird Änderungen bei der Einstufung in die Kategorien, bei der Höhe der Strafen und bei den Fristen der Umweltevaluierung bringen. Der Inhalt dieses Regelwerks soll klar aufzeigen, in welche Richtung sich das MARN unter der Leitung von Sidney Samuels sich bewegen möchte. Alfonso Alonzo, der stellvertretende Umweltminister, geht davon aus, dass die neue Gesetzgebung die Umweltevaluierung und die Lizenzvergabe vereinfachen werde. Ausserdem werden die Lizenzen von zwei auf drei Jahre verlängert.

Aber es gibt viele andere Punkte, die das MARN berücksichtigen muss. Welche Strafe gibt es für die Segmentierung der UVPs? Wie werden die BeraterInnen, die sich an solchen betrügerischen solche Handlungen beteiligen, bestraft? Werden die Kontrolle und das Monitoring der Umwelt verstärkt? Werden Unternehmen für wiederholt begangene Fehler strenger bestraft? Wird man die Kosten der realen Umweltschäden von den Firmen einholen können?

Wenn die Antwort ‚nein‘ lautet, dann wird das MARN weiterhin eine Institution sein, die dem eigenen Schwanz hinterherläuft - aber die Umwelt weiterhin ohne Schutz lässt.

## **GAM-Bericht über die Gewalttrate in Guatemala im ersten Halbjahr 2016**

**Guatemala, 13. Juli** - Die Gruppe für Gegenseitige Hilfe (GAM) veröffentlichte ihren Bericht über Gewalttaten in der ersten Hälfte des Jahres 2016. Also seit Beginn der Amtszeit des neuen Präsidenten, Jimmy Morales. Was die Zahlen der Gewalttaten angeht, so habe im ersten Halbjahr 2016 die Zahl der Gewaltopfer auf 2.682 zugenommen, wobei die Frauen die meisten Opfer seien. Besonders hoch sei die Zahl der Frauenmorde bzw. Gewalttaten gegen Frauen im Mai und Juni gewesen. Die Zahl der Morde pro 100.000 EinwohnerInnen liege bei 33. Die gefährlichsten Departements in dieser Hinsicht seien Escuintla und El Progreso.

Die Entwicklung der Gewalttraten ist wechselhaft, aber die Wahrnehmung der Unsicherheit ist in der Bevölkerung weiterhin hoch, insbesondere aufgrund der Erpressungen, Eigentumsdelikten, innerfamiliärer Gewalt und sexuellen Taten, die im Land stattfinden. Angesichts der vorgenannten Vorkommnisse könne der Bericht nicht von einer generellen Reduzierung der Gewalt sprechen. Die Gewalt entstehe in den Kernfamilien, weswegen sowohl die Bürgerschaft wie der Staat präventiv tätig werden müsse. Es gebe eine Verantwortung der Vater- und Mutterschaft, um solche Gewalttaten zu verhindern. Der Bericht von GAM erinnert auch an das hohe Niveau von Armut und extremer Armut, die in dem Land existiere und insbesondere die Kinder und Jugendlichen erleiden. Mütter und Väter müssten gemeinsame Anstrengungen übernehmen, um ein Leben in Würde zu erreichen. (Cerigua)

### **MP und Innenministerium haben beispiellose Operation gegen Erpressungen durchgeführt**

**Guatemala, 16. Juli** - Die Staatsanwaltschaft (MP) hat - koordiniert mit dem Innenministerium, einhundert Hausdurchsuchungen vorgenommen, um die selbe Zahl von Personen wegen des weit verbreiteten Delikts der Erpressungen festzunehmen. Die Operation die "Rettet Guatemala" genannt wurde, fand zeitgleich in den Departement Guatemala, Escuintla, Chimaltenango, Santa Rosa, Jutiapa, Jalapa, Suchitepéquez, Escuintla, Baja Verapaz, San Marcos, Quiché und Zacapa statt.

Die Generalsekretärin der MP, Mayra Veliz, und die Leiterin der Staatsanwaltschaft gegen Erpressungen, Enma Flores, hielten gemeinsam mit dem Innenminister, Francisco Rivas und dem Generaldirektor der Zivilpolizei (PNC), Nery Ramos eine Pressekonferenz ab.

Veliz erklärte zu der Operation, sie sei "ein Erfolg für die Justiz". Zugleich seien alle Verhaftungen genau dokumentiert, schliesslich seien alle Festgenommenen in der einen oder anderen Form an dem Erpresserring beteiligt. Sie sei der zweite Operation, in denen alle genannten Institutionen sowie die PGN, PDH und die Öffentliche Srafverteidigung gemeinsam durchführten.

Für Innenminister Rivas war die Operation ein Beweis für die Politik, die mehr Sicherheit für die Bevölkerung schaffen wolle. Die Operation sei bislang die grösste ihrer Art gewesen. Zu den Opfern des Erpresserrings gehörten elf städtische Transportunternehmen, drei Reparaturstätten und Taxi- und Handelsunternehmen.

Laut Emma Flores konnte ermittelt werden, dass die Verantwortlichen Mitglieder der Maras Barrio 18 und Mara Salvatrucha seien. Während der zweijährigen Ermittlungen wurde dokumentiert, dass die Kriminellen insgesamt fast 2 Millionen Q (= 230.500 €) erpresst haben. Zu den Erpressungsmethoden gehörte es, den Erpressungsoffern Handys zu geben, die die ErpresserInnen dann anriefen, später auch bedrohten, manchmal gar mit Waffengewalt. Später konnten sie dann erreichen, dass die Geschädigten ihnen das Geld auf Bankdepots verteilten oder aber Bar übergaben (Cerigua).

### **Stiftung gegen Terrorismus will Aufhebung der Immunität für CICIG - Präsident sagt: Nein**

**Guatemala, 16. Juli** - Der guatemaltekeische Präsident, Jimmy Morales, zeigte sich als Unterstützer der Internationalen Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala (CICIG), indem er deren MitarbeiterInnen angesichts der Risiken, die ihre Arbeit beinhaltet, in den Genuss der Immunität setzte.

Diese Position des Präsidenten wurde am selben Tag bekannt, an dem Ricardo Méndez Ruiz, Präsident der Stiftung gegen den Terrorismus (FCT), ein Memorandum veröffentlichte, das die Exekutive aufforderte, die Immunität des CICIG-Leiters, Iván Velásquez, und weiterer MitarbeiterInnen aufzuheben. Die Forderung versucht das Abkommen zwischen Guatemala und den Vereinten Nationen, mit dem CICIG ins Leben gerufen wurde, zu verändern. Ziel ist es, die diplomatische Immunität, die das CICIG-Personal in Guatemala genießt, auszuhebeln. Für Méndez Ruiz habe die internationale Mission ihr Mandat überschritten, als es am 6. Januar an der Verhaftung von 18 Militärangehörigen beteiligt

war. Dies sei ein Thema, das mit dem Bürgerkrieg zu tun gehabt habe (und daher nach seiner Meinung nicht in die Mission des CICIG falle).

Über Twitter antwortete Velásquez, dass einige Personen offenbar der Meinung sind, dass nicht mehr über Straffreiheit, Korruption, Ko-optation des Staates und organisierte Kriminalität reden solle.

Präsident Jimmy Morales erklärte, dass er immer den Kampf gegen Korruption und Straffreiheit unterstützt habe, und deshalb auch die CICIG uneingeschränkt unterstütze. "Uns war immer klar, dass dieser Kampf Risiken beinhaltet, nicht nur physische, sondern auch politische. Wir wissen, dass diese Institutionen, von den ihre Privilegien weiter geniessen wollen", sagte Morales.

Zur Erinnerung: Die CICIG untersteht den Vereinten Nationen und wurde im September 2007 in Guatemala eingerichtet mit dem Ziel, dabei mitzuhelfen, geheime Gruppen auszuheben. Seit 2015 hat sie mehrere Korruptionsnetzwerke aufgedeckt, die u.a. den Präsidenten, Otto Pérez Molina (2012-2015) und die Ex-Vizepräsidentin, Roxana Baldetti, in Untersuchungshaft brachten. (Cerigua)

## **Landkonflikt in Lanquín, Alta Verapaz endet mit gewaltsamer Räumung dort lebender Gemeinden**

**Alta Verapaz, 12. Juli** - In Landkreis Lanquín im Departement Alta Verapaz wurde am 5. Juli ein lange schwelender Landkonflikt gewaltsam durch die Räumung der Gemeinden, die auf dem Land lebten, beendet. Hintergrund ist, dass das Territorium vom Nationalen Rat für Schutzgebiete (CONAP) zu einem Naturreservat erklärt wurde, ohne die dort lebenden Gemeinden zu befragen.

Dieses Vorgehen wurde von den indigenen Ältesten beklagt, die sich zu Hunderten versammelt hatten und eine Erklärung verabschiedeten. Darin erklärten sie ihre Solidarität mit den gewaltsam durch Polizei und Militärkräfte vertriebenen BewohnerInnen von Semuc Champey bzw. konkret den Weilern Chisub'in, Chicanuz, Semil und Santa María Semuc. Sie betrachten die BewohnerInnen als rechtmässige Eigentümer des Landes.

Die traditionellen FührerInnen der Völker der Ixil, Achí, Q'eqchi' und Poq'omam verurteilten die exzessive Anwendung von Gewalt bei der Räumung. Mindestens Hundert Älteste aus verschiedenen Landkreisen von Alta Verapaz untersuchten die Vorkommnisse in Lanquín und erneuerten ihre Bereitschaft, den Betroffenen auf vielfältige Weise zu helfen.

In der Erklärung wird das Versprechen des Präsidenten, Jimmy Morales, zitiert, Frieden, Ruhe, Harmonie und Gleichheit der Völker herzustellen. Nun aber müssten die Menschen mit ansehen, wie ihre Rechte wiederum verletzt werden.

Die Ältesten wiederholten ihre Bereitschaft zu einem Dialog, der zum Ziel habe, dass sich das Geschehene nicht wiederholen dürfe. Die Regierung forderten sie auf, sich an Runden Tischen zu beteiligen, "weil es nicht recht sei, die Konflikte isoliert voneinander zu betrachten und sie zu 'lösen', ohne die indigene Bevölkerung und ihre RepräsentantInnen zu befragen". Andere Teilnehmende an dem Treffen erinnerten an die ursprünglichen Vereinbarungen mit dem Landkreis von Lanquín, die Gebiete der touristischen Erschliessung des Gebiets innerhalb des Naturreservats zu begrenzen, ohne die Gemeinden, die in der Zone verwurzelt waren, zu schädigen.

In den Medien wurde davon gesprochen, dass die Gemeinden dieses wunderschöne Fleckchen Natur, dieses Naturreservat überfallen und besetzt zu haben. Allerdings verdrehten sie damit die Wahrheit: es war der CONAP, die das Land überfielen, das den Gemeinden legal gehörten, sagten die Ältesten. Sie berichteten, dass der CONAP das Land übernahm, das der Landkreis zuvor zu seinem Besitz und dann zum Schutzgebiet erklärte. Deshalb wurden die BewohnerInnen vertrieben und begonnen, die Grundlagen zu schaffen, um die Gebiete gemeinsam mit anderen Personen zu verwalten. Die indigenen FührerInnen lehnten solche Wortverdrehungen in Bezug auf die Präsenz der Gemeinden in dem Gebiet ab, sie verurteilten die Manipulation der Informationen in den Medien. Die indigenen Gemeinden seien stets friedlich vorgegangen und sie würden auch weiterhin ausschliesslich friedlich für ihre Rechte eintreten (Cerigua).

## **Biopsia / Juli 2016 von Diana Vazquez: Guatemala und seine Hass-Liebe zur Armee**

In Guatemala diskutiert man nicht, man steht sich unversöhnlich gegenüber. Das Land befindet sich gemessen an seinem Entwicklungsgrad im Jugendstadium, als ob es mit unwissenden Kinderaugen versuche, die jüngste Geschichte zu betrachten. Mit der Ausnahme einiger Weniger kennt die grosse Mehrheit weder die touristischen Wunder noch die blutige Vergangenheit, die immer noch ungesühnt ist.

Wir leben in einer religiösen christlichen Kultur, die uns dazu verleitet, nicht in Dialog mit jenen zu treten, die anders denken. Ausserdem wird das Verhalten der GuatemalteKInnen von militaristischer Moral geprägt: man zieht Ordnung und Waffen der gewaltlosen Übernahme von Verantwortung für die begangenen Fehler vor.

Der Patriotismus, den die Mehrheit der GuatemalteKInnen zeigt, wird bereits in der Schule indoktriniert, indem ein angeblich notwendiger Respekt dem Militär von Guatemala gegenüber gepredigt wird. Studierende allen Alters exerzieren jeden 15. September Militärmärsche im Namen dieser ebenfalls erfundenen Unabhängigkeit. Eltern und LehrerInnen behaupten, dass dies ein „Zeichen von Bürgersinn“ sei, die der Jugend Werte vermittele. Ist das Auslösen der eigenen Geschichte einer dieser Werte? In den Schulklassen wird die Verbindung zwischen den wirtschaftlichen Eliten und der Armee nicht besprochen. Keine/r sagt den SchülerInnen, dass die Soldaten Gebiete für die grossen LandbesitzerInnen verwüsteten und eroberten. Im Gegenteil, es erheben sich Stimmen zur Verteidigung dieser heroischen Soldaten, die nicht erlaubten, dass Guatemala sich in ein weiteres Kuba verwandelt. Diese Helden befreiten uns demnach vom Kommunismus. Sie sagen, dass man das Volk spaltet, wenn man kritisch über die Rolle des Militärs in der guatemalteki-schen Geschichte spricht.

An dem einen Pol stehen die Überlebenden des bewaffneten Konflikts, als das guatemalteKische Militär tausende von unbewaffneten Zivilen massakrierte, die meisten davon BäuerInnen und Indigene. An dem anderen Pol stehen die Kinder, Neffen und Nichten und alle anderen Familienmitglieder der Militärs. Es ist gut möglich, dass jedeR GuatemalteKIn einen Familienangehörigen oder Freund im Militär hat. Und zwischen den beiden Polen befindet sich die gleichgültige Bevölkerung. Das Schlimme ist, dass die Freundschaften und Vettern(wirt)schaften nicht erlauben, dass das Gerechtigkeitsempfinden über das Handeln einer Institution urteilen darf - über eine Institution zu urteilen, die sich durch ihre Gewalt, Brutalität, Börsartigkeit und Korruption gegen die Zivilbevölkerung charakterisieren lässt, also gegen jene Leute, die sie eigentlich beschützen müsste.

Dieses Jahr wollte der Präsident Jimmy Morales, dass am 30. Juni in den Strassen der Stadt erneut die Militärparade abgehalten wird, um den Tag der Armee „zu feiern“. Seit 2008 findet der Marsch nicht mehr auf der Strasse statt - als Zeichen des Respekts für die Opfer und Überlebende des Konflikts. Viele Stimmen erhoben sich um zu sagen, dass es nichts zu feiern gäbe, vor allem wenn oberste Militärs wegen Kooptation des Staates vor Gericht stehen. Morales bestätigte während einer Feier für die GuatemalteKischen Luftwaffe, dass er die Armee uneingeschränkt unterstützen und ihr mehr finanzielle Mittel geben werde, damit sie ihre Funktionen erfüllen könne. Seine Sicherheitsstrategie besteht immer noch darin, das Land weiter zu militarisieren und vermehrt aus Polizei und Militär zusammengesetzte Patrouillen einzusetzen. Verteidigungsminister Williams Mancilla hofft, dass „in der Zukunft die Militärparade wieder in den Strassen stattfindet, so wie in Argentinien und Chile: wir streben genau das an“. Das ist wie das Streben nach Vergessen.

Die Äusserungen der Zivilorganisationen erinnerten daran, dass die Armee „die patriarchalen, homophobischen und rassistischen Normen während des grössten Teils seiner Geschichte anstrebte“.

Der Hass, denn man auf die guatemalteKische Armee haben könnte, ist angesichts derer Taten mehr als berechtigt. Die Liebe, die man für sie haben könnte, scheint kaum mehr als eine Erweiterung des lateinamerikanischen Sentimentalität zu sein, die besagt, dass es keine Liebe sein könne, wenn es nicht (auch) weh tue.

## ¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

### Redaktion:

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**NEU:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6

